



**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Finanzausschuss**

11.12.2023

Niederschrift

über die 47. Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch, 22.11.2023

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Berufsfeuerwehr, Ziegelbergstraße 50, Raum 2.2.47

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Anwesenheit: Soll: 9 Mitglieder des Finanzausschusses
 Ist: 9 Mitglieder des Finanzausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Die 47. Sitzung des Finanzausschusses wird durch **Ratsfrau Muth**, Vorsitzende des Finanzausschusses, eröffnet.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsfrau Muth stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Anwesenheit fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben

TOP 3 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsfrau Muth beantragt das Rederecht für den Geschäftsführer der neu.sw, Herrn Meyer für die Tagesordnungspunkte 10 und 16.

9 Dafürstimmen

TOP 4 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es liegt kein Änderungsbedarf zur Tagesordnung vor.

TOP 5 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

9 Dafürstimmen

TOP 6 Annahme einer Geldzuwendung von der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen - Geldzuwendung für die Sanierung der Zuwegung der Gedenkstätte Fünfeichen
Vorlage: BV/VII/0712

9 Dafürstimmen

TOP 7 Annahme einer Spende von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald - Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. - Geldspende für die Pflanzung und Pflege von 1.500 Bäumen innerhalb der Liegenschaft Nettelkuhl (Datzeberg)
Vorlage: BV/VII/0721

Der **sachkundige Einwohner Herr Schröder** fragt nach, wer die 1.500 Bäume gekauft hat. Daraufhin antwortet Frau Piotrowski, dass diese durch EBIM gekauft werden.

9 Dafürstimmen

TOP 8 Nutzung von erneuerbaren Energien auf städtischen Gebäuden und Flächen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0724

Der **sachkundige Einwohner Herr Jondral** merkt an, dass die auf Parkplätzen gewonnene Energie direkt an E-Fahrzeuge abgegeben werden könnte. **Ratsfrau Dr. Kuhk** gibt zu bedenken, dass vor der Erwirtschaftung von Erträgen finanzielle Mittel für Investitionen in die Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt werden müssen.

zur Kenntnis genommen

TOP 9 Bestätigung und Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes
Vorlage: BV/VII/0725

Herr Bühring führt mit einer Präsentation (Anlage 1) in die Vorlage ein.

Ratsfrau Dr. Kuhk erfragt, ob bei den hilfs- oder betreuungsbedürftigen Gebäuden auch die Seniorenheime gemeint sind.

Herr Bühring bejaht dies und führt weiter aus.

Ratsherr Kowalick ergänzt, dass bei den besonderen Gefahrenobjekten aktuell auch die Schulen dazu gezählt werden können, durch die zwei Vorfälle in den letzten Tagen. **Herr Bühring** greift das Thema auf und betont, dass der Vorfall vom 22.11.2023 kein Kavaliersdelikt ist und verfolgt wird. Wird ein Schuldiger ermittelt, werden die Kosten für die zwei Einsätze auf diesen umgelegt.

Ratsfrau Dr. Kuhk hinterfragt, wie viele Einsätze die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) fahren.

Herr Bühring erklärt, dass dies nicht pauschal zu beantworten ist. Bei der FFW gibt es keinen Dienstplan. Es ist eine doppelte bis dreifache Vorhaltung erforderlich, da nicht jeder Kamerad zu jeder Zeit einsatzfähig ist (z. B. Urlaub, andere Verpflichtungen, Arbeitstätigkeit).

Daher werden immer alle Kameraden alarmiert um sicherzustellen, dass 8 Kameraden ausrücken können. Bei der zweithöchsten Gefahrenklasse (CBRN-Gefahren) werden zusätzlich Einsatzkräfte vom Landkreis herangezogen.

Des Weiteren informiert Herr Bühring, dass zukünftige Bestellungen von Technik zentral über das Land erfolgen. Durch diese Sammelaufträge könnten bis zu 20% Kosten eingespart werden. Anmeldung der Bestellung erfolgt bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, die Auslieferung in 2027. Durch die zentrale Beschaffung wird zudem sichergestellt, dass alle Wehren mit gleicher Technik ausgestattet sind.

Ratsherr Kowalick merkt an, dass die Bestellzeiten schon jetzt sehr lang sind und fragt, ob die FFW durch die gleichen Fahrzeuge einen besseren Umgang mit der Technik haben. **Herr Bühring** antwortet, dass die Kameraden der FFW die gleiche Arbeit wie die Berufsfeuerwehr leisten. Daher sollte die Technik in allen Wehren gleich sein.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann erfragt, ob es nachts durch falsch abgestellte Kfz eine Behinderung bei Erreichen des Gefahrenortes gibt und ob dadurch die Rettungszeiten nicht eingehalten werden konnten. **Herr Bühring** bejaht dies. In der Otto-Lilienthal-Straße sind Behinderungen durch falsch abgestellte PKW vorhanden. Des Weiteren gibt es Zeitverzögerungen durch Bürger, die mit den durch die Feuerwehr vorgenommenen Absperrungen nicht einverstanden sind und den Einsatz dadurch behindern.

Ratsfrau Muth fragt, ob es in Neubrandenburg zu Gefährdungen der Einsatzkräfte kommt. Auch dies muss **Herr Bühring** bejahen. Es gab Vorkommnisse bei welchen die Kameraden der FFW, der BF oder der Rettungsdienste gefährdet bzw. tätlich angegriffen wurden.

Der sachkundige Einwohner Herr Krüger erfragt, wie viele Anbieter es für neue Technik gibt und ob überall Rabatte von bis zu 20 % gewährt werden. **Herr Bühring** erklärt, dass es 3 Anbieter in Deutschland und 1 in Österreich gibt. Für jegliche Technik wird eine Ausschreibung gemacht. Bei der Bewertung des Angebots wird unter anderem der Preis berücksichtigt.

Ratsfrau Muth drückt Ihren Respekt für alle Kameraden auch im Namen der Mitglieder des Finanzausschusses aus und bittet Herrn Bühring diesen Dank an alle Beteiligten weiterzugeben.

9 Dafürstimmen

TOP 10 Bestellung von Geschäftsführern der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH
Vorlage: BV/VII/0732

9 Dafürstimmen

TOP 11 Nachtragshaushaltssatzung 2023 mit Anlagen
Vorlage: BV/VII/0733

Ratsfrau Dr. Kuhk hinterfragt, ob es bereits Abstimmungen mit der Rechtsaufsichtsbehörde gegeben habe, damit die erforderliche Genehmigung rechtzeitig erfolgen kann. **Frau Piotrowski** informiert, dass der erforderliche Wirtschaftlichkeitsvergleich bereits an das Innenministerium übersandt wurde. Die Nachfragen werden derzeit durch EBIM bearbeitet. Nach Auskunft der Rechtsaufsichtsbehörde könne auf Grundlage der vorliegenden Unterla-

gen derzeit weder eine Verpflichtungsermächtigung noch eine Kreditaufnahme genehmigt werden.

Auf Nachfrage von **Ratsfrau Dr. Kuhk** informiert **Frau Piotrowski**, dass die laufenden Mietkosten im THH 8 im Kernhaushalt dargestellt werden. Es wird geprüft, ob die zu erwartende Erhöhung aus dem Mietvertrag bereits im Planentwurf eingearbeitet ist. **Ratsfrau Dr. Kuhk** erwartet, dass die entsprechenden Kosten bis zum 29.11.2023 in den Haushaltsplan aufgenommen werden. Zudem bittet Sie um eine Aufstellung der Kosten über die gesamte Laufzeit des Vertrages. Sie betont, dass es sich um einen Vertrag handelt, der die Stadt finanziell Jahrzehnte binde und betont dessen Wichtigkeit. **Ratsherr Prof. Dr. Oppermann** stimmt dem zu.

Der **sachkundige Einwohner Herr Schröder** erfragt, ob der Finanzausschuss vor Abschluss des Mietvertrages eine Information erhält. **Herr Schwabe** erläutert, dass ein Vormietvertrag beschlossen wurde. Bis 31.12.2023 ist die Stadt nicht in der Lage, einen Endvertrag zu erstellen. Daher wird der Stadtvertretung eine Entscheidung über die Verlängerung des Vormietvertrages bis längstens Mai 2024 vorgelegt werden.

Herr Schwabe informiert, dass die Alternative zum Investitionszuschuss und der Miete des DatzeCenters für die Grundschule Datzeberg ein Neubau wäre. Mit welchen Kosten hier gerechnet werden muss, kann nicht gesagt werden. Aber auch ein Neubau wäre nur durch Kreditfinanzierung möglich, welche den Haushalt unflexibel gestalten würde.

9 Dafürstimmen

TOP 12 Information über den Nachtragswirtschaftsplan 2023 der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz (TOG)
Vorlage: INF/VII/0215

zur Kenntnis genommen

TOP 13 Doppischer Haushaltsplan 2024 - Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Vorlage: BV/VII/0715

Ratsfrau Muth schlägt vor die TOP 13 und 14 zusammen zu behandeln.

TOP 14 Doppischer Haushaltsplan 2024
Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt THH 3 und THH 6
Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen
Vorlage: BV/VII/0716

Frau Piotrowski führt in die Vorlage ein (Anlage 2).

Band 1 Teilhaushalt 3

Ratsfrau Dr. Kuhk fragt, ob die Erhöhung des Saldos der Verluststützung ÖPNV die im Vorbericht zum THH 3 für das Produkt 5.4.7.01 (Förderung des ÖPNV) aufgeführte Begründung betrifft. **Frau Karberg** bejaht dies.

Band 1 Teilhaushalt 6

Ratsfrau Dr. Kuhk hinterfragt, ob bei den 1,4 Mio. Euro Zuschuss an EBIM die Kosten für den Winterdienst enthalten sind und ob die Erhöhung auf den neuen Anbieter oder die Beräumung der Radwege zurückzuführen sei. **Herr Schwabe** erklärt, dass die Kosten auf eine neue Ausschreibung zurückzuführen sind. Die Kosten für die Beräumung der Radwege umfasst Kosten von 300 TEUR.

Ratsfrau Muth hatte aufgrund der Umstellung auf LED nicht mit einer Erhöhung des Zuschusses für die Straßenbeleuchtung gerechnet. **Herr Schwabe** informiert, dass die Beleuchtung schrittweise auf LED im Laufe von 8 Jahren umgestellt wird und nicht direkt zum 01.01. eines Jahres. Daher komme die Kostenersparnis schrittweise.

Der **sachkundige Einwohner Herr Krüger** hinterfragt was eine Patronatserklärung ist. Des Weiteren merkt er an, dass im letzten Winter die Beräumung der Fußwege gut lief und man daher die 300 TEUR für die Radwege einsparen könnte. **Herr Schwabe** informiert, dass es einen Beschluss der Stadtvertretung aus dem Jahr 1991 gebe, in welchem sich die Stadt verpflichtet habe, sich am Erhalt der kirchlichen Bausubstanz in Neubrandenburg finanzielle durch einen jährlichen Betrag zu beteiligen. Des Weiteren erklärt er, dass im Betriebsausschuss informiert wurde, welche Technologie für die Beräumung der Radwege eingesetzt werden sollte. Die Solotechnologie wurde getestet. Für die Beräumung wurde sich auf ein Hauptwegeradnetz geeinigt. In der letzten Ausschusssitzung wurde entschieden, dass die Beräumung der Radwege nicht in die Straßenreinigungssatzung aufgenommen wird. **Ratsfrau Dr. Kuhk** schlägt eine Umfrage vor, ob die Bereitschaft für die Kostenübernahme unter den Radfahrern besteht und die Kosten dann verursachungsgerecht zu verteilen. **Herr Schwabe** erklärt, dass die Straßenreinigungssatzung für alle Bürger gilt und über diese 75 % der Kosten zu verteilen wären. Daher wurde entschieden eine Finanzierung durch die Stadt durchzuführen.

Der **sachkundige Einwohner Herr Schröder** habe Informationen, dass EBIM die Gartenpachten zum 01.01.2025 erhöht. Ein entsprechendes Schreiben sei dem Regionalverband zugegangen, der seinerseits dieses Schreiben zum Anlass genommen habe, die Pachten bereits zum 01.01.2024 zu erhöhen. Weiterhin habe der Regionalverband mitgeteilt, dass bereits ein fertiger Pachtvertrag mit EBIM für 2025 vorliege. **Herr Schwabe** erklärt hierzu, dass dem Regionalverband im September mitgeteilt wurde, dass der Pachtvertrag bis November 2024 so weiterbesteht. Nach Vertragsende sind Pachtanpassungen möglich. Ob eine Erhöhung oder Verringerung erfolge, sei nicht mitgeteilt worden. Der der Pacht zugrundeliegende Wert wird im März 2024 ermittelt. Daher könne derzeit keine Aussagen zu den zukünftigen Pachten getroffen werden. Der Regionalverband habe den Vereinen zu diesem Sachverhalt falsche Informationen gegeben. Eine Erhöhung war noch nicht im Gespräch und es gibt auch keinen fertigen Pachtvertrag 2025.

Band 3.2 EBIM

Ratsfrau Muth hinterfragt ob für die Stadthalle 2 Stellen geplant sind. **Herr Schwabe** bejaht dies, es sind ein Immobilienwart und ein Sachbearbeiter/in Bewirtschaftung.

Ratsfrau Dr. Kuhk hinterfragt, ob die laufenden Kosten für den Mietkauf von monatlich 50 TEUR, der für den Erweiterungsbau der Regionalen Schule Ost geplant ist, bereits im Haushalt eingeplant sind. **Frau Piotrowski** verneint dies. **Ratsfrau Muth** erwartet, dass diese Zahlen bis zum 29.11.2023 vorliegen.

Ratsfrau Dr. Kuhk nimmt Bezug darauf, dass durch die Stadtvertretung getroffene und zu treffende Einzelentscheidungen oft bedeutende finanzielle Auswirkungen über einen langen Zeitraum haben und diese in Zukunft stärker zu bedenken sei. **Frau Schad** nimmt Bezug auf die Äußerung von Ratsfrau Dr. Kuhk und gibt zu bedenken, dass die bereits durch die Stadtvertretung getroffenen Grundsatzbeschlüsse auf Erforderlichkeit überprüft werden sollten.

gez. Caterina Muth
Ausschussvorsitzende/r

gez. Cindy Fischbuch
Protokollant/in